Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.85 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 270. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 15. Dezember 1933. | 15. Jahrgang.

Im Notwendigen Einheit,
im Zweifelhaften Freiheit,
in allem Liebe. Augustin.

Die Reform der höheren Schule.

Von Dr. E. Waltam.

Die Reform des höheren Schulwesens ist nach den verschiedensten Richtungen hin diskutiert worden. Wir geben dem nachfolgenden Aufsatz Raum, nicht weil wir überzeugt sind, daß er nun den richtigen Vorschlag enthält, sondern um einmal wieder zu zeigen, wie nötig auch hier ein festes, zielbewußtes Wollen der Regierung ist.

Wenn die höhere Schule auch mehr als irgendeine andere kulturelle Einrichtung den liberalistisch-marxistischen Tendenzen der letzten 15 Jahre widerstanden und sich von innen heraus eine starke nationale Prägung erhalten hat, so ist es doch verständlich, daß sie sich gleichfalls dem gewaltigen Umbruch unterwirft, der sich in unserem Volk vollzogen hat. Die Fachzeitschriften wie die Versammlungen der Philologen sind daher in den letzten Monaten erfüllt mit Vorschlägen und Anregungen auf den verschiedensten Gebieten. Von ganz wenigen Außenseitern abgesehen, haben alle eines gemeinsam: sie halten alle fest an dem neunjährigen Aufbau der höheren Schule und betrachten diesen als die naturgegebene Grundlage. Daneben gehen selbstverständlich die Meinungen auseinander, je nachdem welches „lebensnotwendige" Fach gerade zur Debatte steht.

Doch läßt sich auch hier ein gemeinsamer Grundzug feststellen: einmal geht das Streben dahin, das höhere Schulwesen in weitestgehendem Maße zu vereinheitlichen und zum anderen die Fülle der Wissensgebiete zu verringern. Beide Absichten gehen Hand in Hand, bergen allerdings die Schwierigkeit in sich, daß bei der beabsichtigten Vereinfachung die Menge des aufzugebenden Wissenstoffes sehr groß sein wird, wodurch eine entsprechend große Zahl von Gegnern auf den Plan gerufen wird. Das hat zur Folge, daß die Arbeiten an der Reform nur langsam fortschreiten, so daß es zweifelhaft wird, ob schon, wie ursprünglich angestrebt, die Durchführung der Reform zu Ostern 1934 möglich sein wird.

Hinsichtlich der Vereinheitlichung oder Typisierung der höheren Schule hat vor Wochen der preußische Unterrichtsminister Rust ein Programm angedeutet, das auf den ersten Blick ziemlich umstürzend aussieht, weil für alle höheren Schulen eine gemeinsame Unterstufe vorgesehen ist, die als alleinige Fremdsprache das Englische hinstellt. Setzte sich dieser Gedanke durch, so bedeutete das den Sieg des Frankfurter Reformtyps, wenigstens der Idee nach. Dieser begann mit einer modernen Fremdsprache, allerdings — und das bedeutete für den Kenner der Dinge einen ganz wesentlichen Unterschied — mit dem Französischen, darauf setzte er in Untertertia das Lateinische und in Untersekunda beim realgymnasialen Typ das Englische, beim gymnasialen das Griechische. Das war eine organische Ordnung, weil das Französische eine so starke formale Kraft besitzt, daß es Latein nach sich ertragen kann.

Daran änderte sich auch nichts, als nach 1925 an vielen Schulen das Englische schon in Untertia begann und das Lateinische nach Untersekunda rückte. Ja, es war noch zu ertragen, als das Englische erste Fremdsprache wurde, weil zwei Jahre Französisch in den beiden Tertien genügten, um dem Lateinischen eine ausreichende Unterlage zu geben. Aus diesen Gedankengängen erhellt, daß die unmittelbare Reihenfolge Englisch—Latein, wie sie der preußische Vorschlag für das humanistische Gymnasium in Aussicht stellt, ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die formalbildende Kraft des Englischen als einer in ihrem Wesen germanistischen Sprache reicht dazu nicht aus, um die grammatische Unterlage zu schaffen, wie sie nun einmal die alten Sprachen verlangen.

Zudem zeigt die geringe Beliebtheit des Reformgymnasiums, daß hier der Reformgedanke überspitzt ist. Von Untersekunda an wird hier bei der hohen Stundenzahl des Lateinischen und Griechischen der gesamte andere Unterricht in einem so hohen Maße eingeengt, daß selbst seine erzieherischen Werte nicht mehr voll zu ihrem Rechte kommen, geschweige denn seine Leistungen. Und schließlich nimmt das Lernmäßige in den alten Sprachen die Schüler auch derart in Anspruch, daß die Kultur- und Bildungswerte in der Antike ziemlich knapp abschneiden.

Das schmerzlichste Geschick hat die Anfangssprache, das Französische, das mit seinen zwei Stunden in keiner Weise sich behaupten kann und infolgedessen nicht den Aufwand an Zeit und Arbeit verdient, den man ihm auf der Unterstufe widmet. Will man aber die Anfangssprache lebensfähig erhalten, muß man die alten Sprachen beschneiden. Damit trifft man jedoch das Gymnasium in seinem Lebensnerv. Kann das aber wirklich in der Absicht der Reform liegen? Wäre es da nicht besser, das Gymnasium in seiner jetzigen Struktur mit Latein von Sexta an zu lassen?

Den berechtigten Forderungen nach Vermehrung der deutschkundlichen Fächer in der Mittelstufe und der Rassenkunde sowie Erblehre auf der Oberstufe wird man dadurch gerecht werden, daß man sich zur Preisgabe der dritten Sprache in der Mittelstufe und der Chemie in der Oberstufe entschließt. Diese dritte Sprache könnte beim Gymnasium und Realgymnasium unschwer das Französische sein, weil das Lateinische die logischen und kulturellen Werte des Französischen am ehesten ersetzt.

Eine nur mit zwei Sprachen ausgestattete nnd nicht mit einem zu großen Maß mathematischer und naturwissenschaftlicher Fächer belastete höhere Schule könnte nach der inhaltlichen Seite den geistigen Forderungen des neuen Staates wohl gerecht werden. Daneben hätte sie auch Zeit genug, um die Anforderungen der Erziehung zur Volksgemeinschaft zu genügen. Die Beseitigung der Zersplitterung in allzuviel Dinge schafft Ruhe für die Werte des Gemütes, die in Schulheimabenden oder in den Heimabenden der Jugendbünde ihre Pflege finden. Die Mitwirkung der Jugendbünde bei der Erziehung wird man auch als Erwachsener hinnehmen können, soweit sie urtümlich und in ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten bleiben. Entarten sie aber in nachahmender Geschäftigkeit oder in einer gewissen Großmannssucht, dann werden sie sich selbst das Grab graben. Dann sind sie nur eine Parallelerscheinung zu hemmungslosen Ichsucht der liberalistischen Epoche, aus Gegensatz zu der sie ja ursprünglich erwachsen sind.

Die Vorbereitung der Reform der höheren Schulen bedarf sorgfältiger Zusammenarbeit der einzelnen Schulbehörden. Wäre es da nicht angebracht, da offenbar der Wille besteht, auch in Norddeutschland eine Umlegung des Schuljahres in dem Sinne vorzunehmen, daß, wie in Bayern, das Schuljahr im September beginnt und Mitte Juli schließt, bereits dieses Schuljahr 1933/34 bis in den Juli zu verlängern? Niemals wäre ein Schritt innerlich so berechtigt wie gerade jetzt. Denn dieses Jahr mit seinem späten Anfang und seinen so zahlreichen Unterbrechungen ist doch nur ein Torso, der durchaus eine Abrundung vertragen könnte. Einen Schritt in dieser Richtung hat ja schon Kultusminister Rust insofern getan, daß er den Abiturienten, die noch nicht ganz genügen, eine in kürzerer Frist als der üblichen mögliche Wiederholung oder Ableistung der Reifeprüfung in Aussicht stellt.

Liegt nicht schließlich bei allen Klassen die Sache so? An Lehrstoff wird es bestimmt nicht fehlen, da überall ein mehr oder minder großer Rückstand eingetreten ist. Die Schulreform könnte aber in der Zwischenzeit bis in alle Einzelheiten hinein ihre Ausarbeitung finden, die ihr eine lange Dauer sichert. Erreichte sie das, dann hätte sie sich schon aus diesem Grunde das größte Verdienst erworben Denn nichts tut unsern höheren Schulen so not wie innere Ruhe und Sammlung.

Blutende Grenzen

Wie Eupen-Malmedy verloren ging

Von Dr. Richard Bahr.

In der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg erschien soeben das Werk von Dr. Richard Bahr: „Volk jenseits der Grenzen". Leinen 9,50 Mk. Wir machen auf diese bedeutsame Veröffentlichung, die zum ersten Male Geschichte und Problematik der deutschen Minderheiten in Europa umfassend darstellt, besonders aufmerksam. Folgenden Abschnitt entnehmen wir diesem Buch, das ein wirkliches Volksbuch ist und das unsere Aufmerksamkeit verdient, weil es geeignet ist, der schweren Volkstumsarbeit neue Freunde zuzuführen.

Im Artikel 34 des Versailler Friedensvertrages heißt es: „Ferner verzichtet Deutschland zugunsten Belgiens auf alle Rechte und Ansprüche auf das gesamte Gebiet der Kreise Eupen und Malmédy. Während der ersten sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages werden in Eupen und Malmédy durch die belgischen Behörden Listen ausgelegt. Die Bewohner dieser Gebiete haben das Recht, darin schriftlich ihren Wunsch auszusprechen, daß die Gebiete ganz oder teilweise unter deutscher Staatshoheit bleiben. Es ist Sache der belgischen Regierung, das Ergebnis dieser Volksabstimmung zur Kenntnis des Völkerbundes zu bringen, dessen Entscheidung anzunehmen Belgien sich verpflichtet."

Das war eine Methode, die Gesinnung einer Bevölkerung zu erforschen: erst sie mit Haut und Haaren einer fremden Herrschaft zu überliefern und dann ihr zuzumuten, daß sie öffentlich gegen den neuen Herrn sich auflehne. Die deutsche Regierung hatte, noch unter dem Versailler Stacheldraht, auf die Unnatur und Unmöglichkeit des Verfahrens verwiesen. Doch Clémenceau, versteht sich, von oben herab, hatte beschwichtigt: eine Uebertragung des Gebietes würde nur stattfinden „auf Grund der Entscheidung der Bevölkerung, die unter Bedingungen gefällt werden soll, die die volle Freiheit sichern". Und dann hatte, theoretisch und praktisch, Belgien Besitz genommen von der Beute. Die Kammer hatte mit dem Annektionsgesetz nicht einmal sich Zeit gelassen bis zur Ratifizierung des Friedensvertrags. Hinterher aber war der Generalleutnant Baltia eingezogen. Er nannte sich „Herr Gouverneur" und verkörperte in seiner Person alle Gewalt im Lande, die legislative wie die exekutive. Auch die „Volksbefragung war in seine Hand gegeben. Die aber regelte, nachdem zuvor noch schnell die Grenzen rings um das Gebiet gesperrt, die Frankenwährung eingeführt und 435 Deutsche ausgetriebn worden waren, Baltia oder der ihm beigeordnete „Hohe Rat" also: es wurden nicht Abstimmungs-, sondern Protestlisten ausgelegt. Wer eine Aenderung der Abstimmungsbestimmungen betrieb, flog auf sechs Monate ins Loch oder hatte tausend Franken zu entrichten. Jede Agitation in Wort und Schrift, Aufklärung, Werbung, selbst der Versuch einer Verständigung von Mann zu Mann waren verboten. Schon die Bekundung deutscher Gesinnung machte sich strafbar. Wen es dennoch gelüstete, in die Protestlisten sich eintragen zu lassen, dem war alsobald der Brotkorb höher gehängt. Er wurde von der Umwechslung der Mark ausgeschlossen und von der belgischen Lebensmittelzuteilung. Sein Paß ward ihm abgenommen (was einer Vogelfreierklärung gleichkam) und auf Ausfuhrerlaubnisscheine hatte er nicht zu rechnen.

Es gehörte schon viel moralischer Mut dazu, unter solchen Bedingungen überhaupt die Einschreibung zu wagen. Doch selbst der Mutigste und Zäheste mußte an den physischen Unmöglichkeiten scheitern. Bloß zwei Listen lagen aus: die eine in Eupen die andere in Malmédy. Auch die nur für wenige Stunden am Tag. Wenn man Pech hatte, kam man gar nicht heran. „Zufällig" war der Wahlkommissar gerade nicht zur Stelle. Oder die Listen waren im Schrank und die Schlüssel nicht zu finden. Wer, Geschäftsmann oder Bauer, von auswärts in die ohnehin schwer erreichbare Kreisstadt gekommen war, konnte nicht ewig warten. Wiederholen, bei den schlechten — auch heute noch schlechten — Verbindungen konnte er die Spritztur auf keinen Fall. So sinnreich waren die Modalitäten dieser „vollen Wahlfreiheit" ertüftelt, daß höchstens 20 Personen am Tag ihr Votum hätten abgeben können. Das war, bei insgesamt 30 000 Stimmberechtigten, ein zu schlechter Devisor. Schließlich kam man dahinter, daß keine Antwort ja auch eine sein möchte. Zu deutsch, daß man in corpore sich hätte enthalten sollen. Zu spät. Denn nun hatten immerhin an die 300 Personen — 64 in Malmédy, 207 in Eupen — Beamte meistens, die sowieso entschlossen waren, den Staub von ihren Füßen zu schütteln, in die Listen sich eingetragen. Und Völkerbundsrat und Völkerbund, beide von dem brasilianischen Referenten da Cunha ungemein sachverständig beraten, erkannten für Recht, „daß die Abstimmungsbedingungen mit dem Friedensvertrag harmonierten, daß die der Zession feindliche Volksmeinung nicht stark genug sei, um über alle diejenigen Erwägungen, die die Grundlage des Friedensvertrags bildeten, den Sieg davonzutragen und es nur anders sein könnte, wenn klar bewiesen würde, daß das Abstimmungsergebnis durch Druck und Einschüchterung zustande gekommen wäre."

Eine Abordnnug von Vertrauensmännern der Bevölkerung, die sich anheischig machte, so klaren Beweis vor

411
Stadt. Bibliothek S 839

dem Völkerbund zu erbringen, ließ man nicht über die Grenze. Ein nationaler Generalstreik, der an die 10 000 Menschen protestierend vor das Eupener Kommissariat führte, ward von belgischen Gewehrkolben und Gummiknüppeln erstickt.

An die Tragödie aber schloß sich prompt, wie auch sonst vielfach bei diesem Frieden, der nur neue Friedlosigkeit einleitete, das Satyrspiel. Die Grenzfestsetzungskommission, über den Versailler Traktat und die ihr zugewiesene Aufgabe keck hinausgreifend, riß auch noch ein Stück der Bennbahn, der einzigen, die Monschau durchläuft und Aachen und Stolberg mit Luxemburg und der westlichen Eifel verbindet, vom Reich ab. Zugleich mit der Bahn das zwischen dem Eupener und Malmédyer Bezirk eingeklemmte westliche Drittel des Monschauer Kreises. Wie zum Hohn und wider den dreisten Vertragsbruch aufbegehrenden Deutschland „entgegenzukommen", wurden jenseits der Schienenstränge ein paar deutsche Enklaven ausgesondert. Auch der westlich von der Bahn gelegene Teil der Straßen Aachen—Monschau und Fringshaus—Lammersdorf blieb deutsch. Der Grenzwirrwarr, der atavistische Irrsinn dieser Linienführung wurde so nur noch schlimmer. „Eine belgische Bahn auf belgischem Bahnkörper durchschneidet deutsche Dörfer und eine deutsche Chaussee auf deutschem Wegeplan um belgisches Gebiet." Und der Reichsdeutsche, der aus dem Reich nach dem noch immer deutschen Monschau will, hat seinen Weg auf einer ausländischen Bahn durch das Ausland zu nehmen. Seit dem Reichsdeputationshauptschluß ward Aehnliches nicht mehr erlebt. Nur daß die Mitglieder der ehrsamen Schmugglerzunft, der man hier geradezu ein Dorado schuf, damals zahmer auftraten, sozusagen kleinbürgerlich und noch über keine wohlgepolsterten Panzerautos verfügten. Doch der Botschaftssenat in Paris setzte auch darunter sein allerhöchstes Insiegel. — Der belgische Annektionismus, die Gefolgschaft des „comité de politique nationale" und die geschäftlich an den Großunternehmungen in Eupen und Malmédy, vorab der Steinbachschen Papierfabrik, interessierte Industrie atmeten auf. Und der belgische Ministerpräsident ohne zu erörtern erklärte: „Ein großes Ereignis hat sich soeben in unserer Geschichte erfüllt. Nach hundertjähriger Trennung sind zwei Kantone dem Vaterlande wiedergegeben worden."

Arbeitsbeschaffung für Installateure

Für 600 Millionen Reichsmark neue Aufträge.

Berlin, 14. Dezember.

Das großzügige Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung erfährt durch einen Arbeitsplan des Installateurgewerbes einen erneuten Auftrieb. Das Ergebnis der Verhandlungen des Reichsverbandes der Klempner und Installateure mit der Gas-Zentrale Deutschlands liegt jetzt in einem Programm vor, das sich über etwa drei Jahre erstreckt und Zusatzarbeiten in Höhe von insgesamt 600 Millionen Reichsmark vorsieht.

Zu Beginn des kommenden Jahres dürfte auf Grund dieser Maßnahmen die Arbeitslosigkeit in den in Frage kommenden Gewerbezweigen völlig beseitigt werden können. Schon jetzt zeigen die Ergebnisse, daß die Erwartungen bei weitem übertroffen werden. So sind beispielsweise in Berlin etwa 2400 Neueinstellungen vorgenommen worden. Die gleiche Entwicklung wird sich zwangsläufig in allen deutschen Städten ergeben.

Wettbewerb durch Leistung

Befriedung im Zeitungswesen

Der Präsident der Reichspressekammer, Amann, hat auf Grund der Ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 folgendes bestimmt:

1. Zeitungen und Zeitschriften, die nicht schon vor dem 14. Dezember 1933 erschienen sind, dürfen bis zum 31. März 1934 nicht begründet werden.

2. Eine Verpflichtung zum Bezug bestimmter Zeitungen ist nicht zulässig, insbesondere nicht durch Anordnungen oder Befehle, ebensowenig darf eine Kontrolle über den Bezug bestimmter Zeitungen ausgeübt werden.

Anordnungen und Verfügungen sowie Kontrollmaßnahmen behördlicher Stellen für den Bereich des inneren Dienstbetriebes bleiben hiervon unberührt. Soweit sonstige Dienststellen für den Bereich des inneren Dienstbetriebes derartige Anordnungen treffen wollen, bedürfen sie der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Reichspressekammer.

Das Recht von Organisationen, für den Bezug von Zeitungen oder Zeitschriften empfehlend einzutreten, bleibt durch diese Anordnung unberührt.

3. Die Lieferung von Zeitschriften an Mitglieder einer Organisation darf weder durch Ausübung des Organisationszwanges noch unter irgendwie gearteter Mitwirkung der Organisation und ihrer Einrichtungen erfolgen.

4. Verlegern und Verlagen von Zeitschriften und Zeitungen ist der Abschluß von Verträgen, Vereinbarungen und Abreden sowie jede sonstige Maßnahme verboten, die eine ausschließliche Veröffentlichungsbefugnis für Bekanntmachungen und Nachrichten von Organisationen, Verbänden und Vereinen bezwecken oder bewirken. Diesem Verbot zuwiderlaufende Verträge usw. sind sofort aufzuheben.

Hiervon unberührt bleiben satzungsmäßige Vorschriften über die Veröffentlichung der zur Wahrung von Formen und Fristen ergehenden Bekanntmachungen. Das gleiche gilt für Anordnungen der NSDAP. und ihrer Nebenorganisationen über die Veröffentlichung parteiamtlicher Bekanntmachungen.

5. Die Werbung von Beziehern von Zeitungen durch Werber, die damit betraut sind, nach Listen oder bezirksweise oder von Haus zu Haus Bezugsbestellungen zu sammeln, ist für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1934 verboten.

6. Eine Abänderung der in dieser Anordnung vorgesehenen Befristungen bleibt vorbehalten.

7. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger und der Reichsverband Deutscher Zeitschriftenverleger werden als die zuständigen Fachverbände mit der Durchführung der Anordnung unbeschadet der Bestimmungen der Paragraphen 22 und 25 ff. der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 797) beauftragt.

8. Die Anordnung tritt mit Ausnahme der Ziffer 3 sofort, Ziffer 3 der Anordnung am 1. Januar 1934 in Kraft.

Konfessionelle Presse und Reichspressekammer.

Berlin, 12. Dezember. Der Präsident der Reichspressekammer hat verfügt, daß die kirchlich-konfessionelle Presse zu einer Hauptfachschaft bei der Reichspressekammer zusammengefaßt wird. Die Hauptfachschaft der kirchlich-konfessionellen Presse besteht aus dem Reichsverband der Evangelischen Presse, Berlin-Steglitz, Beyme-Str. 8, und der Fachschaft der katholisch-kirchlichen Presse, Bischöfliches Ordinariat, Berlin W. 8, Behrensstr. 66.

Durch den Reichsverband der Evangelischen Presse werden in fünf Fachschaften folgende Sondergebiete erfaßt:

1. Einrichtungen zum Dienst an der Tagespresse (Evangelische Korrespondenz, evangelische Presseverbände u. a.)

2. die Sonntags-, Gemeinde- und Gemeinschaftspresse im Bereich der Deutschen Evangelischen Kirche,

3. die Kirchenzeitungen,

4. die Fach- und Vereinspresse; darunter fallen einerseits die theologisch-wissenschaftliche Zeitschriftenpresse und die Blätter für Pfarr- und Gemeindepraxis, andererseits die Spezialblätter der inneren und äußeren Mission, die evangelische Jugend-, und Frauenpresse, das Schrifttum der Diaspora u. a.;

5. die Zeitschriftenpresse der anerkannten Freikirchen (vor allem also Evangelische Brüdergemeine, evangelisch-lutherische Freikirchen, Baptisten, die bischöfliche Methodistenkirche, die Evangelische Gemeinschaft, der Bund Freier Evangelischer Gemeinde u. a.)

Die Fachschaft der katholisch-kirchlichen Presse umfaßt die gleichen Sondergebiete im Bereich der katholischen Pressearbeit. Alle Personen, die auf den genannten Gebieten sich betätigen, sind gehalten, sich sofort bei den genannten Stellen zum Beitritt anzumelden, da sie nur auf diesem Wege die Mitgliedschaft der Reichspressekammer erwerben können.

Der Deutsche Rechtsstand

Feierliche Verkündung durch Reichskommissar Frank.

Reichsjustizkommissar Dr. Hans Frank verkündete in Anwesenheit sämtlicher Reichsfachgruppenleiter der Deutschen Rechtsfront den Deutschen Rechtsstand, gestützt auf die ihm vom Führer Adolf Hitler erteilte Vollmacht. In der Verkündung heißt es u. a.:

Der Deutsche Rechtsstand ist verpflichtet und berufen, sich zur Schaffung eines neuen Rechtes und einer neuen Wirtschaftsordnung mit allen ihm innewohnenden Kräften einzusetzen. Ohne Unterschied auf die fachliche Vorbildung im Sinne des Gliederungsnötigen des Nationalsozialismus umfaßt der Deutsche Rechtsstand die akademischen und nichtakademischen Rechtsdiener, gleichzeitig, ob sie in Reichs-, Länder, Gemeinde- oder Privatdiensten oder in freien Berufen stehen. Der Führer des Deutschen Rechtsstandes, der Reichsjuristenführer, ist dem Führer unmittelbar unterstellt, ihm unmittelbar verantwortlich. Der Deutsche Rechtsstand wird in völliger Selbständigkeit und klarer Abgrenzung von den übrigen ständischen Organismen des deutschen Volkes gleichzeitig aber im engsten Einvernehmen mit diesem alle Fragen des Rechtes umfassend behandeln.

Unter stürmisch aufgenommenen Heilrufen erneuerte Dr. Frank das Treuegelöbnis auf Führer und Vaterland.

Aufbau des Rechtsstandes

Führer der Deutschen Rechtsfront ist Reichsjustizkommissar Staatsminister Dr. Hans Frank. Seine Stellvertreter sind der preußische Justizminister Kerrl und Staatssekretär Freisler. Reichsgeschäftsführer ist Dr. W. Heuber, dessen Stellvertreter Rechtsanwalt Gonnella. Zur besonderen Verwendung sind neun Beauftragte bestimmt.

Des ferneren sind sieben Fachgruppen gebildet und zwar: Die Richter und Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Notare, Hochschullehrer, Verwaltungsbeamte, Wirtschaftsrechtler, Rechtspfleger und Justizbeamte, und als achte Gruppe eine Gruppe Referendare, die demnächst zur Gruppe „Juristischer Nachwuchs" werden wird. Jeder Reichsfachgruppe steht ein Fachgruppenrat, der aus neun Personen besteht, zur Seite.

Herbsttagung der Abteilung für körperliche Erziehung Gau West-Süd.

Eine überraschend große Anzahl Turnlehrer und Turnlehrerinnen hatten sich am 2. Dezember im Eintrachthaus in Dortmund zusammengefunden. Die Herbsttagung wurde durch Dr. Gutschank eröffnet. Die Umschaltung der Turnlehrer und Turnlehrerinnen hat sich schnell und freudig vollzogen. Es war für uns leicht, denn unser Vorbild war Jahn, der sagte: „Deutschlands Einheit war der Traum meines erwachenden Lebens, das Morgenrot meiner Jugend, der Sonnenschein der Manneskraft und ist jetzt der Abendstern, der mit zur ewigen Ruhe winkt." Wir hören oft die Worte: Volkstum und Volkheit. Das Wort Volkstum finden wir zum ersten Male bei Jahn. Es hatte sich schnell eingebürgert und hatte damals das Wort Nationalität etwas verdrängt, denn in dem Ausdruck Volkstum liegt weit mehr. Manche seiner Worte im „deutschen Volkstum" erinnern an unsern Führer. Der deutsche Idealismus ist ein Wesenszeug des deutschen Volkstums. Wenn wir uns zu Jahns deutschem Volkstum bekennen, dann haben wir die Umstellung vollzogen, die der Nationalsozialismus von uns verlangt. Wer den Weg noch nicht zu ihm gefunden hat, soll „Mein Kampf" und „Deutsches Volkstum" lesen. Auch Jahn betonte die Wichtigkeit der Wehrhaftigkeit. Die Jugend sollte den drohenden Niedergang aufhalten und den Anstieg ermöglichen. Unsere Arbeit an der Jugend muß von Jahnschem Geist erfüllt sein, dann werden wir wieder ein Deutschland haben mit sportgestählter, willensstarker Jugend. Noch steht Deutschlands Eiche entwurzelt da, aber bald ist es vorbei. Den Schwarzsehern aber rufen wir zu: „Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben, an deines Volkes Auferstehn!"

Die Ausführungen Dr. Gutschanks wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es folgten die praktischen Vorführungen der Volks-, Mittel- und höheren Schulen, die sehr abwechslungsreich waren. Es wechselten Freiübungen mit Gerätübungen, Schulfechten, Boxgymnastik, Medizinballgymnastik und geländesportliche Bewegungsformen der Hochschule für Lehrerbildung.

Nach einer kurzen Mittagspause folgte ein Vortrag von Dozent Hoffmeister über: „Leibesübungen und Wehrerziehung". Er betonte die große nationalpolitische Aufgabe der deutschen Leibesübungen. Damit rücken sie in den Mittelpunkt. Es kommt nicht auf das Einpumpen von bloßem Wissen an, sondern auf das Heranbilden von kerngesunden Körpern. Die Wehrerziehung ist ein Teil der Leibesübungen. Eine geschichtliche Entwicklung ergänzte die Ausführungen. Die kämpferische Gesinnung soll aber auch bei den Mädchen gepflegt werden.

Anschließend sprach Medizinalrat Dr. Häffner über den erzieherischen Wert des Boxsportes. Er wünschte, daß jeder, der über ein gesundes Herz und eine gesunde Lunge verfügt, sich mit diesem Sport, die den ganzen Körper erfaßt, widmen möchte. Es seien gerade die Intellektuellen, die dem Boxsport vorurteilsvoll gegenüberständen. Statistiken haben bewiesen, daß nicht mehr Unfälle vorkommen wie in jedem andern Sport, obgleich er doch angeblich besonders roh sein soll.

Den Schluß der Tagung bildeten die Körperschule als vorbereitende Uebungen für den Boxsport, vorgeführt von dem Boxmeister Trippe. Wir waren Zeugen einer erstaunlichen Durcharbeitung seines Körpers, verbunden mit intensiven Atmungsübungen.

Frl. Baentsch zeigte rhythmische Gymnastik nach Dr. Bode, die reichen Beifall auslöste.

Damit ging die 1. Tagung der Abteilung für körperliche Erziehung im N. S. L. B. zu Ende.

„Das geistige Erwachen des Urmenschen."

Ueber Leib und Aussehen des Urmenschen sind wir heute dank der emsigen Forschungen der letzten Jahrzehnte, bei denen zwei Deutsche — O. Hauser und Klaatsch — vornean stehen, schon recht gut unterrichtet; aber mehr noch interessiert uns doch der Geist des Urmenschen und vor allem sein Erwachen; denn einmal muß er doch zuerst „erwacht" sein. Aber ist es denn möglich, darüber Sicheres zu erfahren? Man wird es bezweifeln. Allein nun hat wieder ein Deutscher, der bekannte Biologe und Naturphilosoph Prof. D. Dr. E. Dennert uns dafür doch einen überraschend zum Ziel führenden Weg gewiesen, und das Ergebnis ist hochbedeutsam. Dennert nennt mit Recht diesen Weg „vergleichend-experimentell". Damit ist er naturwissenschaftlich-induktiv und sicher. Jahrelang ist Dennert ihn in mühevoller Forschung gegangen, und nun bietet er uns deren Ergebnis dar in seinem Werk: „Das geistige Erwachen des Urmenschen". Eine vergleichend-experimentelle Untersuchung über die Entstehung von Technik und Kunst. Mit 629 Figuren auf 61 Tafeln. — Weimar 1929. Preis: Ganzleinenband 15 Mk. Jener Weg gründet sich auf den Wahrheitskern von Haeckels sog. „biogenetischem Grundgesetz", den Dennert als „phylogenetischen Grundsatz" bezeichnet, und der in Vergleichung der Erzeugnisse des Urmenschen mit denen der heutigen Naturvölker und vor allem der Kinder besteht. Man hat auf diesen Weg schon ab und zu hingewiesen, aber Dennert hat ihn hier als erster ganz folgerichtig betreten und zu Ende geführt: er ließ Hunderte von Kindern — durch Missionare auch von zahlreichen Naturvölkern — die dazu nötigen Objekte anfertigen, nämlich: Feuersteinwerkzeuge, Ornamente, plastische und zeichnerische Darstellungen von Menschen- und Pferdeköpfen. Dadurch erhielt er ein äußerst wertvolles und interessantes Material, das er nun also nach seinem Gehalt an geistiger Auffassung mit dem uns vom Urmenschen vorliegenden vergleicht. Sorgfältig und vorsichtig abwägend: kommt er dabei zu dem Ergebnis:

1. Daß der Urmensch, soweit wir ihn zurückverfolgen können, ein echter Mensch war mit schöpferischer Geisteskraft und ästhetischem Formensinn;

2. Daß er bei dem uns zugänglichen ersten Erwachen in Technik und Kunst geistig etwa auf der Höhe unserer 12—15jährigen Kinder stand.

Dieses Ergebnis ist hochbedeutsam, zwingt es uns doch, uns vom Urmenschen ein ganz anderes Bild zu machen, als viele heute noch immer glauben annehmen zu dürfen: als halbes Tier. Nein, die Urmenschen, welche die ersten Werkzeuge schufen, waren echte und geistig schon hochstehende Menschen. Was Dennerts Werk uns bietet, ist nun aber noch viel mehr als hier kurz dargelegt wurde. Er spricht zu uns: vom Wesensunterschied zwischen Mensch und Tier; vom geistigen Wesen der Technik und Kunst;

Die Anklage im Reichstagsprozeß

Lubbe schuldig

Im Reichstagsbrandstifterprozeß begann nach einwöchiger Unterbrechung der letzte Abschnitt der Verhandlungen: das Plädoyer. Nach den Dispositionen des Gerichts

In seinem Plädoyer, das den ersten Teil der Sitzung völlig ausfüllte, führte der Oberreichsanwalt Dr. Werner u. a. aus: „Die Länge des Verfahrens war bedingt durch die außerordentlich große Genauigkeit und durch die peinliche Sorgfalt, mit der allen Momenten nachgegangen worden ist. Die besondere Genauigkeit und Peinlichkeit der Verhandlung war geboten durch die Bedeutung der Sache, die hier verhandelt worden ist.

Der Deutsche Reichstag ist das Opfer eines verbrecherischen Anschlages geworden, das Reichstaggebäude, das an seiner Stirnseite die Widmung „Dem deutschen Volke" trägt. Der Anschlag galt also nicht nur dem Gebäude, sondern er galt symbolisch dem deutschen Volke. Die Anklage steht deshalb auf dem Standpunkt, daß dieser verbrecherische Anschlag das Fanal, das Signal sein sollte, für die Feinde des Staates, die nunmehr ihren Generalangriff gegen das Deutsche Reich eröffnen wollten, um das Deutsche Reich zu zertrümmern und an dessen Stelle die Diktatur des Proletariats, einen Sowjetstaat von Guaden der Dritten Internationale zu setzen."

Der Oberreichsanwalt beschäftigte sich dann mit dem Angeklagten van der Lubbe und erklärte, er halte daran fest, daß es sich bei van der Lubbe um einen Kommunisten handele, obwohl er selbst dies bestritt und auch die übrigen Angeklagten diese Tatsache bestreiten werden. Der Oberreichsanwalt schilderte kurz den Lebenslauf van der Lubbes und unterstrich dabei besonders, daß ein Austritt aus der kommunistischen Partei nicht notwendig eine Trennung von einer Partei bedeute, sondern sehr oft sogar eine engere Bindung an die Ziele der Partei mit sich bringe.

Zudem habe sich van der Lubbe nach seinem Austritt weiter im Sinne der Partei betätigt und auch bis in die letzte Zeit hinein mit führenden Angehörigen der KPD. Verkehr unterhalten.

„Van der Lubbe", fuhr der Oberreichsanwalt fort, „war mit der kommunistischen Partei nur deshalb nicht einverstanden, weil nach seiner Auffassung die Führer nicht energisch genug waren. Den Anstoß dazu wollte er geben. Was er dabei im Auge hatte, konnte nichts anderes sein als eine kommunistische Revolution. Es war ihm bekannt, daß eine solche Revolution seit vielen Jahren planmäßig vorbereitet wurde. Selbst wenn vielleicht diese kommunistische Revolution in ihrem Endziele nicht ganz dem entsprach, was Lubbe als Ideal vorschwebte so hat er mindestens diese Revolution als einen Uebergang betrachtet, über den man zur Erreichung dieses Zieles kommen konnte.

Die moralische Verantwortung der KPD

Es kann nicht dem mindesten Zweifel begegnen, daß van der Lubbe durch seine Tat eine kommunistische Revolution zum Ausbruch bringen wollte. Unter diesen Umständen wird niemand die KPD. von der moralischen Verantwortung für diese Tat entbinden können.

Die kommunistische Partei hat seit ihrem Bestehen trotz zahlreicher Aenderungen der Methoden unentwegt das Ziel verfolgt, das Deutsche Reich zu stürzen und die Diktatur des Proletariats, einen Sowjetstaat nach russischem Muster, zu errichten."

„Der Rotfrontkämpferbund", fuhr Oberreichsanwalt Dr. Werner fort, „war diejenige Organisation, die die Terrorakte vorzunehmen hatte, die die Partei sich scheute, von Partei wegen zu unternehmen. Die KPD. hat immer betont, daß sie solche Terrorakte ablehnt; aber sie ist niemals gegen Parteimitglieder vorgegangen, die als Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes an solchen Aktionen beteiligt waren. Der Kampfbund gegen den Faschismus ist als eine Fortsetzung des Rotfrontkämpferbundes anzusprechen. Besonders kennzeichnend für die Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes seien die kommunistischen Schulungskurse und die sich in der letzten Zeit vervielfältigenden Diebstähle von Waffen und Sprengstoffen.

Ausführlich schilderte der Oberreichsanwalt dann die kommunistische Zersetzungstätigkeit in Reichswehr, Polizei usw. Bei der eingehenden Darstellung der Zuspitzung der Verhältnisse in der letzten Zeit vor dem Reichstagsbrand führte der Oberreichsanwalt zahlreiche polizeiliche und gerichtliche Feststellungen über die vorbereitenden Bürgerkriegshandlungen in den verschiedensten Landesteilen durch die KPD. an.

Dadurch werde bewiesen, daß die KPD. im Februar 1933 mit einem Aufstand rechnete. Bei den Vorbereitungen sei nach einer zentralen Anweisung gehandelt worden.

Als die erwarteten Befehle zum bewaffneten Losschlagen nicht kamen, sei in der Anhängerschaft eine starke Erregung entstanden. Der Einwand, daß im Februar oder März die Voraussetzungen der „revolutionären Situation" noch nicht völlig erfüllt waren, sei nicht stichhaltig.

Nach 3½stündiger Rede beendete danach der Oberreichsanwalt seine Ausführungen mit der Feststellung: „Die Lage war doch so, daß die Betrauung Adolf Hitlers mit der Regierungsbildung am 30. Januar auch für die kommunistische Partei unerwartet kam. Die kommunistische Partei war sich vollständig im klaren darüber, daß ihre Rolle in Deutschland wahrscheinlich für immer ausgespielt war, wenn die nationalsozialistische Regierung sich konsolidierte.

Deshalb war für die Kommunistische Partei die Situation gegeben, daß sie entweder den Kampf aufgeben mußte oder daß sie, ohne daß die Vorbereitungen bereits restlos durchgeführt waren, den Kampf aufnahm. Das war die einzige Chance, die sie noch haben konnte. Wenn der Kampf schief auslief, war die Situation für die Partei nicht schlechter als beim Aufgeben des Kampfes. Dabei hat sich die KPD. durchaus auf der Linie gehalten, die auch das 12. Exkiplenum vorschrieb, daß nämlich jähe Wendungen eintreten könnten, die jede Partei verpflichten, bereit zu sein, um bei raschem Eintreten revolutionärer Ereignisse die Formen und Methoden des Kampfes zu wechseln.

---

vom Ursprung der Kunst; vom Wesen und Entwicklung des Ornaments; von Plastik, Zeichnung und Malerei des Urmenschen; von der Entstehung der Schrift; von Sprache, Religion und sozialem Leben des Urmenschen; von Alter und Herkunft des Menschengeschlechts.

Man sieht, der Kreis derer, die sich für dieses hochbedeutsame Werk interessieren müssen, ist ein sehr großer: Prähistoriker, Anthropologen, Ethnologen, Theologen, Philosophen, Psychologen, Pädagogen, Techniker und Künstler, — schließlich jeder Gebildete — werden ihm ein brennendes Interesse entgegenbringen. Dabei ist der Leser durch 629 Figuren auf 61 Tafeln instandgesetzt zu prüfen, ob Dennerts Schlüsse berechtigt sind: er kann seinen induktiven Weg selbst mitgehen, und das bietet doch die höchste Befriedigung. So sind z. B. die zahlreichen Reproduktionen der plastischen Darstellungen und Zeichnungen von Menschen- und Pferdeköpfen durch Kinder im höchsten Grade belehrend und anziehend, sowie psychologisch interessant.

Dennert hat sein großes und wichtiges Werk „Dem Andenken an den größten Erfinder aller Zeiten, dem Schöpfer des ersten Werkzeugs" gewidmet. Darin liegt beschlossen, daß er, je länger desto mehr, bei seinen Forschungen über den Geist des Urmenschen mit Bewunderung und Hochachtung vor demselben erfüllt wurde, und wahrlich, daß muß ihm jeder Leser seines Buches nachempfinden, und aus vollem Herzen wird er in das Wort Fridtjof Nansens einstimmen, das Dennert seinem Werk als Motto vorangesetzt hat: „Wenn wir betrachten, was diese Menschen mit ihren rohen Werkzeugen vollbrachten, dürfen wir uns dann noch ehrlicherweise ihnen überlegen fühlen?"

Der Münchener Prähistoriker Prof. Dr. Birkner nennt Dennerts Werk „Sehr wertvoll", und der berühmte Paläontolog Geh. Rat Prof. Dr. Branca sagte von ihm: „Ich kann mit vollster Ueberzeugung das Werk für hochbedeutsam erklären".

Nachdem der Verlag bankrott gemacht hat, ist das große Werk jetzt für 3,40 Mk., portofrei, vom Verlag „Leben und Weltanschauung" in Godesberg zu beziehen.

O. H.

Vereinigung von Landeskirchen

Vom Geistlichen Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche beschlossen.

Das Geistliche Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

Paragraph 1. Kleine Landeskirchen gleichen Bekenntnisses haben sich zu einer Kirche zusammenzuschließen oder einer größeren Landeskirche gleichen Bekenntnisses anzuschließen. Das Geistliche Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche bestimmt, welche Kirchen kleine Landeskirchen sind.

Paragraph 2. Landeskirchliche Gesetze, die die Vereinigung von Landeskirchen regeln, bedürfen der Zustimmung der Deutschen Evangelischen Kirche.

Paragraph 3. Das Geistliche Ministerium hat das Recht, den Landeskirchen zur Durchführung des Paragraph 1 dieses Gesetzes eine angemessene Frist zu setzen.

Paragraph 4. Kommt in der nach Paragraph 3 gesetzten Frist eine Vereinigung nicht zustande, so hat das Geistliche Ministerium das Recht, alle hierfür erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Das Geistliche Ministerium kann dieses Recht einem Bevollmächtigten übertragen.

Paragraph 5. Der nach Paragraph 4 Satz 2 bestellte Bevollmächtigte erhält eine vom Reichsbischof ausgestellte Urkunde, aus der sich sein Aufgabenkreis ergibt.

Paragraph 6. Die von dem Geistlichen Ministerium oder seinem Bevollmächtigten im Rahmen des Paragraph 4 getroffenen Maßnahmen sind als Maßnahmen der zuständigen landeskirchlichen Organe anzusehen. Sie sind entsprechend dem Landesrecht und Landeskirchenrecht, soweit erforderlich, in den Amtsblättern der betroffenen Landeskirchen zu verkünden.

Paragraph 7. Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 8. Dezember 1933.

Der Reichsbischof.

Frankreichs Stellung

Ministerrat über das deutsch-französische Problem.

Die französische Regierung hat die Atempause zwischen der Verabschiedung der Steuergesetze und den parlamentarischen Kämpfen um das Budget dazu benutzt, um sich in einem Ministerrat mit der außenpolitischen Lage zu beschäftigen, wobei Paul-Boncour über den Stand der deutsch-französischen Besprechungen berichtete. Wie ein sozialistisches Blatt meldet, kam es ihm darauf an, die Ansicht der drei Militärminister, des Kriegsministers Daladier, des Marineministers Sarraut und des Luftfahrtministers Cot kennenzulernen, um sich so Rückdeckung zu verschaffen. Offenbar gingen die Meinungen weit auseinander. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde eine gemeinsame Besprechung der genannten drei Minister mit Paul-Boncour beschlossen. Gleichzeitig sind auch der Oberste Kriegsrat und der Rat der Nationalen Verteidigung einberufen worden.

Die Frage der Vermehrung der deutschen Streitkräfte etwa auf die Stärke eines Rekrutenjahrganges, der durchschnittlich 300 000 Mann betragen würde, wird in Frankreich lebhaft erörtert; teilweise ist dabei von der Möglichkeit einer Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit die Rede.

Was den Fortgang der diplomatischen Verhandlungen betrifft, so liegen zwei Projekte in der Luft, die für den Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Taktik charakteristisch sind: der englische Plan einer Einberufung der Signatarmächte des Viererpaktes und die in der französischen Presse heute enthaltene Anregung einer Zusammenkunft des französischen Ministerpräsidenten mit dem englischen Premierminister.

Lieber Volksgenosse!

Du hast genug gespendet, sagst du. Das bestreitet niemand. Aber geopfert hast du herzlich wenig. Und opfern sollst du! Das ist der Wille des Führers. Das ist zwingendes Gebot im Kampfe Deutschlands gegen Hunger und Kälte. Auch für dich.

Vor uns liegt das Weihnachtsfest. Millionen deiner Volksgenossen sind noch ohne Arbeit, ohne Brot, ohne warme Stube, ohne warme Kleidung. Millionen deiner Volksgenossen warten auf die Verwirklichung der deutschen Opfergemeinschaft. Millionen sehnen sich danach, daß auch bei ihnen endlich einmal Weihnachtsfreude einkehre.

Am kommenden Sonntag findet eine Sammlung der Winterhilfe statt, die diesem heißen Wunsche der Aermsten unserer Volksgenossen Erfüllung bringen soll. Weihnachtsfreude auch in der ärmsten deutschen Hütte — das ist der Sinn der Sammlung, der du am Sonntag Herz und Hand weit öffnen mußt. Denke nicht: „Es geht auch ohne mich!" Im nationalsozialistischen Deutschland geht überhaupt nichts ohne dich. Gerade auf dich kommt es an. Daran denke und —

opfere!

NS-Volkswohlfahrt, Bethel-Gadderbaum.

N. S. Frauenschaft Bethel-Gadderbaum.

Am Dienstag, den 12. Dezember, veranstaltete die hiesige N.S.-Frauenschaft unter Mitwirken des B.d.M. im Zeichensaal der Sarepta-Schule eine Adventsfeier. Außerdem nahm an dem Abend die Frauenhilfe und der Vaterländische Frauenverein teil. Gedichtvorträge, Gesangdarbietungen und gemeinsame Lieder füllten das Programm aus. Im Mittelpunkt des Abends standen ein Adventsspiel, ausgeführt vom B.d.M., und die Ansprache der Gaukultur-Fachberaterin Frau Irene Seysel.

Die Aufführung führte die Zuschauer hinein in das Reich der Puppenmütterchen. Wahrlich, man merkte dem kleinen Puppenmacherkind ordentlich an, wie lieb sie all die schönen Puppen hatte. Und doch durfte sie keine behalten, denn sie waren ja alle „viel zu teuer"! Sie gingen weit hinaus in die Welt, um andere Kinder zu erfreuen. War's da zu verwundern, als plötzlich all die Puppen lebendig wurden und einen lustigen Reigen um das vom Arbeiten müde gewordene und eingeschlafene Kind machten? Und siehe da, als die kleine Schläferin erwachte, waren sie alle fort die geliebten Puppen. Die Mutter hatte sie fortgetragen zum Verkauf. Aber in all die Trauer kam doch eine große Freude. „Schneeweißchen", das Lieblingskind fand den Weg zum Puppenmütterchen zurück. Hatte sie doch vorsorglich der zukünftigen Mutter ein Brieflein mit ins Puppenkleid gesteckt. Und nun kam jenes glückliche Kind mit Schneeweißchen, und beide wollten es nun zusammen „erziehen. — — —

Frau Irene Seydel wies im Blick auf die weihnachtliche Zeit auf die Aufgaben der Frau im Dritten Reiche hin. Die nationalsozialistische Revolution hat auch unsere Frauen herausgerissen aus dem Standes- und Klassendünkel, aus Selbstsucht und Lieblosigkeit, die in den Frauenvereinen zu Hause waren. Wir Frauen wollen nicht um gleiche Rechte den Männern gegenüber kämpfen. Unser Recht und unser Dienst ist nach innen gerichtet. Die Politik der Frau heißt Liebe üben, Liebe am Nächsten, Liebe am Volk und besonders an der Jugend. Die deutsche Jugend braucht echte deutsche Mütter. Die Jugend, der die wahren Mütter fehlen, wird nie selbst zu einer guten Mutterschaft kommen. Neue Frauen werden heißt, so zu werden, wie unsere Mütter und Großmütter waren. Wenn wir alle unsere Kräfte restlos unserem Volk und unserer Familie zur Verfügung stellen, dann dürfen wir es vielleicht wagen, zu behaupten, wirkliche Nationalsozialistinnen zu sein. Die Kraft zu dieser Nächstenliebe aber gibt uns das Kind von Bethlehem. Möchte das Licht, das von der Krippe ausgeht, in uns ein neues Leben erwecken, das zur Tat bereit ist.

Neuer Kälteeinbruch

23 Grad unter Null in Ostpreußen.

Ein plötzlicher Witterungsumschlag ist in der Nacht zum Mittwoch in ganz Mitteleuropa eingetreten. Während am Vortage vielfach noch Tauwetter herrschte, erfolgte nach wenigen Stunden ein starker Kälteeinbruch, der das Thermometer weit unter Null sinken ließ. Die tiefste Temperatur der letzten Zeit wurde Mittwoch früh kurz vor Sonnenaufgang in Königsberg mit 21 Grad, in Treuburg im Süden der Provinz mit 22 Grad und in Elbing sogar mit 23 Grad unter Null gemessen.

Verstärkung der Eisstauung auf der Mosel.

Die Eisstauung auf der Mittelmosel hat sich weiter verstärkt. Besonders bei Traben-Trarbach staut sich das Eis immer weiter stromaufwärts. Auch bei Wellen und Temmels an der Obermosel hat sich das Eis festgesetzt, so daß die Mosel jetzt kilometerweit fest zugefroren ist.

Auch in Ostfrankreich herrscht wieder strenger Frost. In Metz und Nancy ging die Kälte bis zu minus 15 Grad, die von Vitry-le-Francois mit 20 Grad und Bar-le-Duc mit 21 Grad unterboten wurde. In Paris hat die Temperatur zwischen minus 10 und minus 4 Grad geschwankt. Die Seine führt stellenweise Eis. In der Umgebung von Lyon hat es geschneit.

— **Der Verkauf von Weihnachtsbäumen** findet am nächsten Sonnabend, dem 16. Dezember, morgens um 8 Uhr, in der Gärtnerei statt.

Praktisch denken, Optik schenken
Barometer • Ferngläser • Brillen
Optiker Ernst Münch, Brackwede

Willkommene Weihnachts-Geschenke sind
Hüte • Mützen • Pelze
von
Heinr. Hehner
Gehrenberg Nr. 1 Bielefeld Fernsprecher 1460

Praktische Weihnachtsgeschenke
echt sächsische Filzschuhe
warme Kamelhaarschuhe
mollige Schaffellschuhe
gute preiswerte Schneeschuhe
von
Krämer & Schlingmann • Bielefeld
Obernstraße Ecke Niedernstraße

Ein Bild sagt mehr als viele Worte
deshalb laßt FOTOS sprechen!
Foto-Apparate für alle Ansprüche.
Fachmännische Beratung.
Foto-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Die Dame, welche
rechnen kann und rechnen muß und keine teure Aufmachung mitbezahlen will, kauft ihre
Pelze
nur bei
Fr. Peperkorn / Bielefeld
Kindermannstraße 12 / Nähe Obernstraße



Für Weihnachtsgeschenke
ganz besonders billige Preise für meine bekannt guten Qualitäten

Hauskleiderstoffe
in Halbwolle . . Mtr. zu 1.65 1.45 1.20 — 85 Pf.
Uni-Kleiderstoffe
in reiner Wolle . . . . . Meter zu 1.35 — 95 Pf.
Uni-Kleiderstoffe
95 cm breit, reine Wolle, Meter zu 2.95 2.35 — 1.75
Waschsamt
in herrlichen Mustern Meter zu 2.25 1.60 1.30 — 95 Pf.
Kunstseid. Crêpe-Maroc
95 cm breit . . . . . Meter zu 2.25 — 1.85
Schotten
Meter zu 2.15 1.65 1.30 — 95 Pf.

Große Posten Taschentücher in Linon, Mako, Halbleinen, Leinen

Linon
160 cm breit, Meter zu . . . . . 1.25 95 — 85 Pf.
Bettdamast
160 cm breit Meter zu 2.45 2.15 2.00 1.85 — 1.30
Bettsatin
160 cm breit . . Meter zu 1.95 1.60 1.25 — 98 Pf.
Hemdentuche
Meter zu 58 55 50 45 38 — 30 Pf.
Pyjamaflanelle
Meter zu 90 70 63 58 55 — 38 Pf.
Gebleichte Finette
Meter zu 80 75 63 55 48 — 38 Pf.
Bettücher
in Haustuch 2¼ Meter lang zu 2.75 2.45 — 1.95
Bettücher
in Halbleinen 2¼ Meter lang, zu 4.30 3.60 — 3.15
Bettbezüge
in Linon, 160/200 groß . . . zu 5.30 4.50 — 4.15
Bettbezüge
in Satin und Damast, 160/200 groß, zu 7.95 6.95 6.35 — 4.70
Kissenbezüge
ausgebogte, zu 2.00 1.60 1.45 1.30 1.10 — 95 Pf.

Pullover, Westen, Unterzeuge, Handtücher, Tischtücher, Tischdecken

Heinr. Hirz Bielefeld Obernstraße 35

Das Erholungsheim Teichwolframsdorf
am herrlichen Tannenwald gelegen ladet zu still-frohem Weihnachtserleben ein. Der Leitung ist es ein Anliegen, dem oft bedrückten Menschen von heute den Weg ins Strahlland der Freude und tatkräftigen Schaffens zu zeigen. Familiäres Zusammensein, Besprechstunden, warme Zimmer. Pensionspreis Mk. 5.25 bis Mk. 4.— pro Tag. Keine Nebenausgaben.

Geschenke von bleibendem Wert
ZentRa Uhren
Schmuck
Silber-Bestecke
Uhrmacher Ernst Münch, Brackwede

Es lohnt sich
den Vertrieb für uns. bekannten Bremer Kaffee, Tee usw. zu übernehmen. Sicherer Verdienst für Dame oder Herrn ohne Risiko. Bewerbungen an A. Bätjer, Bremen, Franziusstraße 38

3 Zimmerwohnung
mit Mansarde zum 1. 4. 34 oder 1. 5. 34 in Bielefeld oder näherer Umgebung von jung. Ehepaar zu mieten gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle des Aufwärts unter A 3702.

Das wertvollste Weihnachtsgeschenk
ist Prof. D. Dr. Dennerts großes Werk
„Das geistige Erwachen des Urmenschen"
(siehe den Artikel in dieser Nummer). Wir liefern es in tadellosen Exemplaren statt für 15 Mk. für nur 3,40 Mk. portofrei.
Verlag Leben u. Weltanschauung, Bad Godesberg

Bethel.

— **Kirchenchor und großer Frauenchor.** Am Montag, pünktlich um 8 Uhr, findet im Assapheum noch eine Probe statt. Mitzubringen ist Posaunenbuch 1 und 3.

— Am Sonnabend, den 16. 12., tritt die **Jungenschaft Seidlitz im Jungenzug „Rote Husaren"** um 3 Uhr nachmittags auf dem Volksschulhof Bethel-Gadderbaum an.

— **Die lieben Hausfrauen, welche jedes Jahr zu Weihnachten das Weihnachtsgebäck, Lebensmittel und dergl. in Gosen ablieferten, dürfen die Sachen dieses Mal für die „Winterhilfe" bis spätestens Sonnabend, 16. 12., bei Frau Händler (Gosen) abgeben. Am kommenden Montag soll alles fertig gestellt werden, um alsdann die Verteilung vorzunehmen.**

Trotz der vielen Schwierigkeiten wollen wir im Geben nicht müde werden, denn jeder unserer Volksgenossen im Amte Gadderbaum muß spüren, das einer dem andern beisteht. Heil Hitler!

i. A. der Winterhilfe: Mühlinghaus,
Kassenwalter der N.S.-Volkswohlfahrt.

— **Zu Advent und Weihnachten empfehlen wir:**

Gewürz-Spekulatius	Mandel-Spekulatius
Butter-Spekulatius	Spitzkuchen
Honigplätzchen	Syrupplätzchen
Pflastersteine, kleine	Moppen
Aachener Printen	Honigkuchen
Lebkuchen	Marzipan

Bäckerei Bethel.

— **Weihnachtsbäume** billig zu verkaufen. Niedieckshof.